

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	30.09.2013

Bericht über die Entwicklung der Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2013

In dieser Mitteilung wird erstmalig ein Prognosebericht zur **Gesamtergebnisrechnung** vorgelegt und damit die bisherigen Berichte über wesentliche Abweichungen weiterentwickelt.

Der Bericht enthält eine Prognose zur Gesamtergebnisrechnung auf einer Seite (Anlage 1), Erläuterungen zur Prognose des Gesamtergebnisplans ab 500.000 € Abweichung zwischen Prognose und fortgeschriebenen Haushaltsplanwert (Anlage 2) und – wie gewohnt – die Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung (Anlage 3).

Die rechtlichen Regelungen zum Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) enthalten an verschiedenen Stellen Vorgaben, nach denen neben der Umstellung des Rechnungssystems auf die Doppelte Buchführung die Einführung des Controllings wesentlicher Bestandteil des NKF ist. Dabei kommt insbesondere der unterjährigen Steuerung eine besondere Bedeutung zu. Gerade vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltssituation sind eine frühere und stärkere Steuerung sowie eine frühzeitige Information des Rates und der Ausschüsse über finanzielle Entwicklungen gefordert.

Die Verwaltung hat daher mit Beschluss des Stadtvorstandes vom 16.07.2013 die Weiterentwicklung des bestehenden Berichtswesens beschlossen. Damit wird sie den Anforderungen des Neuen Kommunalen Finanzmanagement gerecht und schafft die Möglichkeit, den Finanzausschuss frühzeitig über gesamtstädtische finanzielle Entwicklungen zu informieren. Sie entspricht damit auch einem Wunsch der Bezirksregierung im Zusammenhang mit der Genehmigung des aktuellen Haushalts.

Die Verwaltung hat zur Umsetzung des Berichtswesens auf der Basis der bei 20 vorliegenden Finanzinformationen ein Verfahren entwickelt, mit dem es möglich ist, ohne erheblichen Erfassungsaufwand regelmäßig einen aktuellen Überblick über die Haushaltsentwicklung zu erstellen. Dazu werden aus dem vorhandenen Planungs- und Buchungssystem zu festgelegten Stichtagen die aktuellen Planungs- und Bewirtschaftungsdaten generiert und den Dezernaten und Dienststellen in einer Webanwendung zur Verfügung gestellt.

Diese Daten wurden von den Dienststellen um eine Jahresprognose ergänzt; bei relevanten Abweichungen wurde darüber hinaus eine Erläuterung erstellt. Durch die sehr flexibel gestaltete Webanwendung können diverse Darstellungs- und Auswertungsvarianten genutzt werden, so dass daraus aggregierte Berichte (Gesamtsicht, Dezernatssicht, Amtssicht, Teilplansicht) für die verschiedenen Steuerungsebenen erstellbar sind.

Die Einführung dieses Verfahrens stellt einen gangbaren Weg zur zeitnahen Information und Steuerung dar, ohne zur Bildung von Datenfriedhöfen zu führen. Das System erhebt noch nicht den Anspruch perfekt zu sein. Ziel ist es, zunächst praktische Erfahrungen mit der Erstellung und Auswertung sowie der Eignung als Steuerungsinstrument zu gewinnen, um in einem ständigen Anpassungsprozess das Verfahren zu optimieren.

Das System ist entwickelbar und je nach Steuerungserfordernis und Steuerungsebene veränderbar.

In einer gemeinsam mit den Dezernaten und Dienststellen weiterentwickelten Form können Leistungsdaten, Kennzahlen und Zielwerte integriert werden.

Auf der Ebene der Gesamtergebnisrechnung werden hoch aggregierte Daten vorgelegt, die dem Finanzausschuss einen Gesamtüberblick ermöglichen. Durch die flexible Webanwendung sind die Grundlagen vorhanden, bei Bedarf auch ausgewählte Bereiche detaillierter zu betrachten. Zur Bewertung des Ergebnisses sind als Anlage 2 alle Abweichungen zwischen dem fortgeschriebenen Planwert und dem Jahresprognosewert ab einer Größenordnung von 500.000 € je Teilplan und Teilplanzeile mit Erläuterung dargestellt.

Ergebnisse

Bei den in den Anlagen ausgewiesenen Planwerten handelt es sich um den „fortgeschriebenen Planwert“. Dies bedeutet, dass neben dem Ansatz im Haushaltsplan auch übertragene Haushaltsermächtigungen aus dem Vorjahr, über- oder außerplanmäßig bereitgestellte bzw. hierfür zur Deckung abgesetzte Mittel sowie im Rahmen der unechten Deckungsfähigkeit aus zusätzlichen Erträgen resultierende Aufwandsermächtigungen berücksichtigt wurden. Im Ergebnis handelt es sich also um die tatsächliche Haushaltsermächtigung, die aktuell zur Verfügung steht.

Die Prognose auf Basis der zum 31.07.2013 vorliegenden Daten weist im Ergebnisplan eine Verbesserung um rd. 62,1 Mio. Euro gegenüber der Veranschlagung aus. Stimmt die Prognose, würde sich der Fehlbetrag von 272,1 Mio. Euro auf rd. 210,0 Mio. Euro reduzieren.

Aus dem Gesamtergebnisplan ist erkennbar, dass Mehrerträge von rd. 3,8 Mio. Euro prognostiziert werden. Das Gros der Haushaltsverbesserungen entfällt mit rd. 58,3 Mio. Euro aber auf Aufwandsreduzierungen. Hier zeigen sich die Auswirkungen der bis Mitte September andauernden vorläufigen Haushaltsführung (insbesondere in den Teilplanzeilen 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 16 – sonstige ordentliche Auswendungen).

Die zum Jahresende prognostizierten Abweichungen sind in der Anlage 2 erläutert. Auf einige Besonderheiten wird an dieser Stelle zusätzlich hingewiesen.

Die Steuererträge werden grundsätzlich in der veranschlagten Höhe erwartet, beim Ausgleichsanspruch für den reduzierten Einkommensteueranteil werden aufgrund des zwischenzeitlich vorliegenden Bescheides Mehrerträge in Höhe von rd. 3,5 Mio. Euro erwartet. Das Anordnungssoll bei der Gewerbesteuer beläuft sich per 18.09.2013 auf rd. 988,9 Mio. Euro. Bis zum Erreichen des Ansatzes von 1.026,0 Mio. Euro fehlen derzeit noch rd. 37,1 Mio. Euro. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist von einem Erreichen des Hpl.-Ansatzes auszugehen.

Nach den Berechnungen des Landes wird die Stadt Köln aus der Abrechnung nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetzes einen Betrag von rd. 42,8 Mio. Euro erhalten. Die Zuweisung an die Kommune soll noch in diesem Jahr erfolgen. Unter Berücksichtigung der Veranschlagung von 20,0 Mio. Euro ergibt sich somit ein Mehrertrag von 22,8 Mio. Euro.

Bei den Personalaufwendungen zeichnen sich über den gesamten Haushalt (s. o.) Wenigeraufwendungen von rd. 23 Mio. Euro ab. Die Gründe hierfür liegen teilweise in dem langen Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung und der daraus resultierenden Verzögerung der eingeplanten Besetzung von Stellen sowie in Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung von Fachkräften, insbesondere im technischen und IT-Bereich. Auch die noch ausstehende verbindliche Regelung von Zulagen im technischen Bereich wirkt sich negativ auf die Personalgewinnung aus.

gez. Klug